

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u. dgl. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Ämliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Zeit 10 Goldpf., in Reklamettel 30 Goldpf., einseit. Umrahmung. Schwertiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Verkehrsanstalt Nr. 224.

Nr. 76.

Sonnabend, den 25. Juni 1932.

35. Jahrg.

Höhepunkt in Lausanne

Wunder und Lat.

Unverkennbar optimistisch glaubten vor Beginn der Lausanner Konferenz an einen schnellen und erfolgreichen Verlauf. Man meinte insbesondere, daß ein Abn der geschied würde. Ein Wunder hat aber zur notwendigen Beilegung die Schnelligkeit. Es muß überraschend kommen, sonst verliert es den Charakter als Wunder. Das Wunder ist also ausgeblieben, denn die Verhandlungen in Lausanne ziehen sich schon allzu lange hin, als daß man noch darauf hoffen dürfte, daß diese Konferenz andere Wege gehen könnte, als ihre fünfunddreißig Vorgängerinnen. So sehr besonders MacDonald bemüht war, durch direkte Ansprache zwischen den leitenden Staatsmännern selbst schon eine Entscheidung herbeizuführen, scheint Lausanne das nun schon zum Konferenzschluß erworbene Es zu teilen, im Sumpf der Kommissionsberatungen langsam aber sicher zu versinken. Einen letzten Versuch, die Konferenz vor diesem Gescheh zu bewahren, bildete die persönliche Ansprache zwischen dem Reichkanzler und Herriot.

Die kurze amtliche Mitteilung der englischen Abordnung über die Unterbrechung der anglo-französischen Besprechungen und der Beginn der direkten deutsch-französischen Verhandlungen wird in untrüben Kreisen dahin ausgelegt, daß die Versuche MacDonalds, die französische Regierung zu einer egnüglichen Regelung der Tributfrage im Sinne der englischen Regierung zu bewegen, gescheitert sind. MacDonald soll Herriot erklärt haben, daß als letzter Ausweg direkte Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Ministern beginnen müßten, um vielleicht auf diesem Wege zu einer Regelung zu gelangen. Die englische Vermittlungstätigkeit sei nunmehr erschöpft. Die freudige Lage der Konferenz, die praktisch vom ersten Tage an bestand, hat sich somit weiter verschlechtert.

Die vorliegenden Pläne tauchen jetzt auf, auf welche Weise ein „positiver“ Zusammenbruch der Konferenz vermieden werden kann. Auf englischer Seite wird fast durch Zustimmung gemacht, daß im Herbst zunächst eine europäische Wirtschaftskonferenz in Lausanne und sodann anschließend in London eine Weltwirtschaftskonferenz abgehalten werden soll, jedoch nur unter der Voraussetzung einer vorherigen Regelung der Tributfrage. Jene englische Ansicht der Konferenz zeichnet sich jedoch bisher nirgends ab. Der Gedanke einer Vertagung durch Vermittlungserklärung der Konferenz und Einsetzung von Sachverständigenausschüssen ist gewöhnlich an Boden.

Man sieht, der Lebensweg aller Konferenzen taucht schon wieder als letzter Plan und Strohhalm auf, an den sich die Entrentenden klammern. Von der Reparationskonferenz über Kommissionsberatungen zur europäischen und dann zur Weltwirtschaftskonferenz. Das eben ist der Faden der Konferenz, daß sie fortzuehend Konferenzen muß gebären.

Die wirtschaftliche Entwicklung schreitet aber inzwischen in unheimlicher Beschleunigung ihren ehernen Gang zur Katastrophe hin. Sie läßt sich nicht aufhalten durch endlose Konferenzbeschlüsse und Sachverständigen Gutachten. Es ist genug des Wagens, es muß gewagt werden! Nicht nur am Anfang sieht die Lat, sondern sie ist auch die einzige, die ein Ende machen kann. Wo bleibt sie, die entschlußfreundliche, verantwortungsbereite Lat? Die Zeit drängt und auf das Wunder wird man vergeblich warten!

„Die Luft ist kühl.“

Die erste Besprechung zwischen dem Reichkanzler und Herriot.

Die erste große gemeinsame Besprechung zwischen der deutschen und der französischen Regierung auf der Tributkonferenz begann mit einem Besuch des Reichkanzlers von Papen bei dem französischen Ministerpräsidenten Herriot. Anschließend fand die nach Abschluß der anglo-französischen Verhandlungen beschlossene gemeinsame Sitzung der deutschen und der französischen Abordnung statt, an der von deutscher Seite der Reichkanzler, Reichsfinanzminister von Neurath, Reichsfinanzminister Schwerin-Krohnast, Reichswirt-

schaftsminister Warmbold sowie Staatssekretär von Bülow teilnahmen.

Die Sitzung war ausschließlich mit dem großen Bericht des Reichsfinanzministers Graf Schwerin-Krohnast über die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands angefüllt gewesen. Keiner von den übrigen deutschen oder französischen Ministern hat das Wort ergriffen, da der Bericht des Grafen Schwerin die gesamte Sitzung ausfüllte.

Nach Beendigung der Besprechung verließen der Reichkanzler und der französische Ministerpräsident als erste den Sitzungssaal und wurden von allen Seiten von den Pressevertretern bestrahlt, weilgeraten sich jedoch, irgendwelche positiven Mitteilungen zu machen. Herriot erklärte nur, der Bericht des deutschen Finanzministers sei durchaus objektiv und außerordentlich eingehend gewesen.

In seiner gewohnten Weise fügte er in Anspielung auf ein kleine Zitat hinzu: „Die Luft ist kühl, aber es dunkelt nicht!“

Über die Sitzung wurde folgende amtliche Vertäutbarung veröffentlicht: „Die deutsche und die französische Abordnung sind zu einer ersten Arbeitsitzung zusammengetreten, in der der deutsche Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krohnast einen eingehenden Bericht über die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands erlatete. Eine zweite Sitzung findet noch heute statt.“

Der Reichkanzler berichtet.

Wochenende in Berlin.

Reichkanzler von Papen trifft am Sonnabend in Berlin ein, um dem Reichspräsidenten und dem Kabinett Bericht zu erstatten. Er wird voraussichtlich am Sonntagabend oder Montag früh wieder nach Lausanne zurückkehren.

Bei der deutschen Delegation wird ausdrücklich betont, daß man auf Grund der bisherigen Nichtannahme zwischen dem Reichkanzler und Herriot eine „positive Lösung“ für möglich halte.

Unregung, nicht Ultimatum.

Die Aussichten der Hoover-Abrüstung.

Präsident Hoover und Staatssekretär Stimson verfolgen die Vorgänge in Genf mit größtem Interesse. Gibson hat das Staatsdepartement dahingehend unterrichtet, die Hoffnung sei sehr gering, daß Frankreich, England und Spanien den Vorschlag Hoovers annehmen. Demost Hoover und das Staatsdepartement es ablehnen, sich zu dem französischen Sicherheitsvorschlag zu äußern, steht fest, daß die amerikanische Regierung ihren seit Jahren eingenommenen Standpunkt nicht ändert.

Während der Hoover-Vorschlag zunächst als Ultimatum bezeichnet wurde, wird er heute lediglich als Unregung eingestuft.

Wie verlautet, haben bisher etwa 30 Abordnungen privatim ihre grundsätzliche Zustimmung zum Hoover-Plan mitgeteilt.

Von Papen nach Berlin abgereist.

Frankreich günstig ummaadig.

Die zweite gemeinsame Sitzung der deutschen und französischen Minister, die am Freitag 1/6 Uhr begonnen hatte, wurde um 1/6 Uhr abgeschlossen.

Der Reichkanzler von Papen, der im Anfang an der Sitzung teilnahm, verließ die Besprechung gegen 18.30 Uhr und begab sich zum Bahnhof, um mit dem Bafeler Schnellzug um 18.40 Uhr nach Berlin zu reisen, wo er am Sonnabendnachmittag eintrifft. Der Reichkanzler wird im Laufe des Sonnabends noch dem Reichspräsidenten über die Lausanner Verhandlungen Bericht erstatten und Sonnabendabend wieder nach Lausanne abreisen.

Die Lage auf der Tributkonferenz spitzt sich immer mehr zu der Frage zu, in welcher Weise weitestgehend nach außen hin eine formale Weiterführung der gesamten Verhandlungen möglich ist. Jedoch wird schon übereinstimmend festgestellt, daß die Verantwortung für einen Abbruch der gegenwärtigen Verhandlungen ausdrücklich der französischen Regierung zur Last gelegt werden müßte, die also auch für die gesamten dadurch un-

vermeidlich eintretenden wirtschaftlichen Folgen verantwortlich ist.

Über den Verlauf der Sitzung wurde folgende amtliche Vertäutbarung herausgegeben:

Die deutschen und französischen Verhandlungen sind fortgesetzt worden mit einem Bericht des französischen Finanzministers Germain Martin. Hieran hat sich ein Gehörfenaustausch angeschlossen.

Es ist vereinbart worden, daß jetzt unverzüglich Beratungen der Finanzfachverständigen der deutschen und der französischen Abordnung stattfinden sollen, die die Montagssitzung vorzubereiten haben.

Wachsende Spannung zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern.

Der bayerische Staatsrat Schöffler führt das Feuer.

Im Vordergrund des politischen Interesses steht nach wie vor die Frage nach der Vereinigung des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern im Sinne eines einheitlichen innerpolitischen Aufbaus.

Der Streit der süddeutschen Länder mit dem Reich wird leiber dadurch verschärft, daß parteipolitisch interessierte Kreise - Maximalisten - zu betreiben. So meldete ein Berliner Blatt, daß die bayerische Regierung solle über ganz Bayern den Ausnahmezustand verhängen und sich mit allen Mitteln der Durchführung der Berliner Verhandlungen widersetzen. Es ist viel bedauerlich, daß auch hier wieder, wie so oft, die Parteipolitik alle Eingangsversuche fört. In Wirklichkeit liegen die Dinge für die bekannten Unterkonferenzen hat der Reichsinnenminister Vorkläufe zur Vereingung des Staates gemacht und um Stellungnahme der Länder gebeten. Er hat das nachher noch einmal schriftlich getan. In München und in Karlsruhe prüft man nun die Wünsche des Herrn v. Gahl, und in Berlin erwartet man die Antwort für Ende der Woche. Liegt diese vor, und der Reichsinnenminister hält neue Maßnahmen für notwendig, dann wird sich in der nächsten Woche das Reichskabinett mit befassen. Wahrscheinlich wird der Kanzler bei demnigen kurzen Sonntagsaufenthalt in Berlin über diese Dinge unterrichtet werden.

In München

selbst soll nach Verichten die Absicht bestehen, an dem jetzigen Uniformverbot festzuhalten. Wenn auch Berlin durch eine besondere Verordnung die Aufhebung aller Verbote verlangt, dann will man sich nicht. Diese Haltung soll zum Ausdruck bringen, daß die Verantwortung für alle Folgen auf dem Reich ruhen. Bedauerlich ist, daß auch in München selbst, sogar von verantwortlicher Stelle, Neben gehalten werden, die nicht gerade zur Vereinigung beitragen. So hat der Staatsrat Schöffler, der Führer der bayerischen Volkspartei, in einem Münchener Brief gesprochen und dabei Berlin gedroht, Bayern werde sich, wenn notwendig, mit Gewalt zur Wehr setzen. Man werde an die bayerischen Einwohnern appellieren. Der Bayer liebt ja nun einmal ein kräftiges Wort gegen Berlin, aber alles zu seiner Zeit, das hätte sich auch der Staatsrat Schöffler sagen müssen.

Nicht weniger gefährlich als die Maximaldröchten über Bayern sind Überreibungen über

die kommunistischen Unruhen.

Es besteht allerdings kein Zweifel darüber, daß in den letzten Tagen durch kommunistische Trupps zahlreiche blutige Überfälle ausgeführt wurden, aber bei der Schilderung der Vorgänge, besonders in Berlin, sind Überreibungen vorgekommen, die leicht ein falsches Bild geben. Für den Unkundigen konnte der Eindruck entstehen, als ob in Berlin alles drunter und drüber gehe. Nach Darstellungen von unterrichteter Seite waren die kommunistischen Ausschreitungen nur von lokaler Natur, haben sich nur in den als Unruhegebieten bekannten Straßen abgespielt. Die Polizei hat die Lage durchaus beherrscht, und die Partifäden, die junge Burschen ertötet haben, waren weiter nichts als Verlehrsindernisse.

Uniformkrach auch in Stuttgart.

Ähnlich wie in München ist es nun auch in Württemberg Uniformkrach zu einem Krach wegen der Uniform geformten. Die nationalsozialistischen Abordnungen erschienen in Uniform im Sitzungssaal, barock gab es auf der einen gegen die Lat. Die Linde stellte schließlich den Antrag, die Sitzung wegen des Uniformtragens zu vertagen. Der nationalsozialistische Abordnungspräsident wei-

gerie sich aber, über diesen Antrag abstimmen zu lassen, da das Uniformtragen nicht zur Geschäftsordnung gehöre. Es kam deshalb zu erregten Auseinandersetzungen, die schließlich dazu führten, daß die Sänke und das Zentrum den Sitzungssaal verließen. Das Haus war dadurch beschlußunfähig, und die Sitzung mußte vertagt werden. Während also in München die SPD-Vertreter durch den Präsidenten mit Hilfe der Polizei aus dem Saal geworfen wurden, haben in Stuttgart die anderen das Feld geräumt.

Bayern lehnt die Auffassung der Reichsregierung ab.

Die Verhandlungen des bayerischen Ministerrats. Auf der Tagesordnung der Sonnenbrennversammlung des Bayerischen Landtages steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Staatsregierung. Ministerpräsident Dr. Hehl wird zu den auf der Innenministerkonferenz in Berlin aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Die Volksparteifreiwahl schreibt u. a. zu der Ministerberatung in München und zum Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung. Die bayerische Staatsregierung könne beim besten Willen sich nicht den politischen Auffassungen der Reichsregierung anschließen, daß die Verträge der Strafe an die uniformierten politischen Verbände und die Verträge dienen würde. Es komme noch hinzu, daß es ihr grundsätzlich nicht möglich sei, der Reichsregierung so tief in die Volkshohheit eingreifende Maßnahmen zuzugestehen.

Niemand könne daher übersehen sein, wenn der bayerische Ministerrat, der sich mit der Abfassung der Antwort an die Reichsregierung befaßt, zu einem durchaus abzulehnen Standpunkte gekommen sei.

Es sei bereits klar und deutlich gesagt worden, daß man einen solchen Verordnungsakt der Reichsregierung in Bayern als einen Akt der Vergewaltigung und Willkür betrachten würde, auch wenn er in eine zunächst gültige Reichsrecht schaffende Rechtsform gekleidet würde. Der bayerischen Staatsgewalt seien dann wohl vorerst die Hände gebunden, in der Uniformfrage und in der Ausnahmefrage ihre politischen und rechtlichen Auffassungen im Grunde zur Geltung zu bringen. Das könne sie aber nicht hindern, den Kampf um ihr Recht und um ihre politische Überlegenheit mit allen Mitteln des Rechts in bestmöglicher Abwehr und Gegenwart weiterzuführen.

Die Einberufung des Überwachungs Ausschusses.

Eine Aktion des Reichstagspräsidenten Loeb. Von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, den Kommunisten und der Staatspartei ist der Vorsitzende des sogenannten Überwachungs Ausschusses des Reichstages, der Abgeordnete Straffer (Nat.-Soz.), aufgefordert worden, eine Sitzung dieses Ausschusses anzuberaumen. Straffer hat bisher noch keine Entscheidung getroffen. Reichstagspräsident Loeb hat nunmehr erneut ein Schreiben an den Abgeordneten Straffer gerichtet, in dem er anfragt, ob und wann der Überwachungs Ausschuss einberufen werden soll.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Reichstagspräsident Loeb, wenn auf dieses Schreiben eine ablehnende Antwort erfolgen sollte, das älteste Mitglied des Ausschusses bitten, den Ausschuss einberufen zu lassen. Ob dieses Vorgehen den Bestimmungen der Geschäftsordnung entspricht, ist zweifelhaft, da für die Einberufung dieses Ausschusses nur der Vorsitzende zuständig ist.

Neue Wege der Agrarpolitik.

Auf dem Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Dresden hielt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Reichert von Frau, eine Rede, in der er zunächst die Bedeutung des Genossenschaftswesens unterstrich und dann u. a. ausführte: Um einen günstigen Start des neuen Erntejahres zu ermöglichen, habe ich Maßnahmen getroffen, die die Verwendung von ausländischen Vorräte

auf das geringste Maß beschränken. Von einer Verlängerung der bis zum 30. Juni erlassenen Zollbefreiung der Getreidekontingente wird abgesehen. Auch beim Roggen ist die Vorratungslage so günstig, daß auf eine weitere Einfuhr zusätzlicher Mengen verzichtet werden kann. Zur Entlastung der Märkte von der Warenflut der werde ich das Ausfuhrverbot für Weizen und Roggen in den nächsten Tagen in Kraft setzen. Unerlässlich erscheint die Verbindung der übermäßigen Futtermittelzufuhr für Futtermittel, die eingelagert oder ausgeführt werden sollen, werden in großem Umfange Möglichkeiten der Verwertung über der Befreiung

geschaffen werden. Es ist notwendig, möglichst bald zu anderen Zollfragen zu kommen, die uns auf dem Vieh- und dem Fleischgebiet in ausreichendem Maße vom Weltmarkt unabhängig machen. Nach unmittelbarer als beim Vieh in der Einfuhr des Weltmarktes bei der Preisgestaltung für Milch- und Wollverarbeiten. Die Wirtschaft in der übrigen Veredelungsindustrie, insbesondere im Gewebe-, Obst- und Weinbau, sind ebenfalls durch ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt bedingt und geradezu niederdrückend.

Baumhoff (Zentr.) im Landtagspräsidentium.

Er nimmt die Wahl zum zweiten Vizepräsidenten an. Im Preussischen Landtag hat der Zentrumsgewählte Baumhoff, der zum zweiten Vizepräsidenten gewählt worden ist, jetzt ein Schreiben an den Landtagspräsidenten Kertl gerichtet. Baumhoff weist darauf hin, daß der alte parlamentarische Brauch, nach dem im Präsidentium die stärkeren Fraktionen, sofern sie darauf Wert legen, vertreten sein müßten, verlassen sei. Es sei dadurch der Eindruck hervorgerufen worden, daß es sich um die Wahl eines Kampfschlichters gehandelt habe. Da er diesen Eindruck durch eine Weigerung nicht zerstreuen wollte, habe er sich entschlossen, die Wahl anzunehmen.

Daueritzung im Preussischen Landtag

Abstimmungskämpfe im Preussenparlament.

(12. Sitzung.) u. Berlin, 24. Juni.

Im Preussischen Landtag gab es eine erregte Debatte über den Antrag des Reichstagspräsidenten, die Einleitung von Strafverfahren gegen nationalsozialistische Abgeordnete vorzuziehen.

Abg. Meißnermann (Ztr.) stellte fest, daß es sich um fünfzig Fälle handele und nannte es bezeichnend, daß Kommunisten und Nationalsozialisten dem Reich erklärt hätten, sie wollten unter keinen Umständen die Immunität eines Abgeordneten aufheben lassen.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) antwortete in scharfer Weise und mit heftigen Angriffen auf das Zentrum. Als der Zentrumsgewählte Meißnermann einer Behauptung Kubes widersprach, drohte zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete, sich nach vorn zu fügen.

Kube erklärte in größter Erregung gegen Meißnermann gewandt: „Ich verbitte mir Ihre demüthigen Zwischenrufe! Es gehört schon die dreizehnte Sitzung eines Zentrumsmannes dazu, hier zu betreten, was man vier Jahre lang mit der Dpposition im alten Landtag gemacht hat.“ (Handelstehen bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Dr. Koster (Ztr.) hält es für einen unerbittlichen Vorwurf, daß der größte Teil der Mitglieder vorangenannt sei. Abg. Meißnermann (Ztr.) wies Kubes Angriffe auf die Justiz zurück und verteidigte die frühere Praxis des Reichstagsordnungsausschusses.

Abg. Dr. Koster (Ztr.) nochmals in scharfer Form. Er teilte mit, daß sich das Reichsgericht in einem bestimmten Falle dahin geäußert habe, das preussische Innenministerium habe in ein Verbot in unzulässiger Weise eingegriffen (Hört, hört, wehst). Er erwiderte, daß es bei einem Verbot nicht erforderlich sei, an besonders wegen seiner früheren Äußerungen gegen Hitler.

Abg. Bork (Dm.) fragte über ungenügenden Rechtschutz für Dr. Haugberg.

Schließlich wurde der Vorschlagsantrag, die Strafverfahren gegen die Stimmen der bisherigen Regierungsparteien angenommen.

Chitagauschuß Bernhard Weiß.

Abg. Dr. Freisler (Nat.-Soz.) brachte sodann einen Antrag ein, in dem erklärt wird, es sei in Kreisen der Berliner Kriminalpolizei ein offenes Geheimnis, daß der Berliner Polizeipräsident Bernhard Weiß Mitorganisator und Schlichter von Berliner Spielkasinos sei, an denen er gewaltig interessiert sei und denen er misspille. Der Redner beantragte die sofortige Einberufung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung dieser Vorwürfe. Der Ausschuss solle den Namen „Chitag-Ausschuß Bernhard Weiß“ führen. Der Ausschuss wurde einstimmig mit 29 Mitgliedern ernannt.

Hierauf wird ohne Ausrede die dritte Lesung der politischen Annemette erledigt. Die Abstimmungen finden später statt. Auch zum nationalsozialistischen Antrag, den 28. Juni zum Zentrum zu erklären, liegen keine Verhandlungen vor. Die Abstimmung wird gleichfalls ausgesetzt. — Es wird nunmehr die

Ausrede über die Anträge zu den Kulturfragen fortgesetzt. Als Abg. Dr. Kelling (Soz.) das Wort erhält, verlässt die Nationalsozialisten und Deutschnationalen den Sitzungssaal. Der Redner meint, daß es bei einem Siege der nationalsozialistischen Bewegung einen großen Kulturverfall geben würde.

Abg. Dr. Kaulher (Ztr.) vermischt eine Antwort der Nationalsozialisten an die Frage nach dem nationalsozialistischen Element der nationalsozialistischen Kulturpolitik. Insbesondere sei eine Erklärung des Reiches vom positiven Christentum notwendig, wie es die Nationalsozialisten aufstufen. Die politische Zusammenarbeit des Zentrums mit anderen Parteien habe mit der Gemeinschaft der Weltanschauung nichts das geringste zu tun. Es müsse möglich sein, über weltanschauliche Gegensätze hinaus zu einer gewissen Gemeinschaft des politischen Handelns zu kommen, sonst werde der neue Staat, den die Nationalsozialisten aufrufen wollten, identisch sein mit dem Ende von Staat und Volk. Der tiefste Grad der politischen Unmoral wäre es, wenn diejenigen, die die politische Macht in Händen hätten, anderen Volksteilen mit Gewalt ihre weltanschauliche Überzeugung aufzwingen wollten.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung nehmen

Der deutsche Flottenbesuch in Danzig.

Das deutsche Linienschiff „Schlesien“ ist auf der Danziger Reede eingetroffen, wo es vor Anker ging. Später trafen noch die beiden deutschen Torpedobootsflotten T 190 und G 10 in Danzig ein. Der deutsche Generalkonsul Dr. Freyberg von Zernmann begab sich zur Begrüßung an Bord der „Schlesien“. Das Linienschiff feierte den Salut von 15 Schüssen. Darauf machte der Admiral in Begleitung seiner Flaggenkapitänis an Land Besuche beim Danziger Senatspräsidenten, beim Danziger Bürgermeister und bei dem Präsidenten des Hafenausschusses. Am Nachmittag erfolgte dann die Gegenbesuche.

Da die polnische Regierung durch ihren Berliner Gesandten ansdrücklich hat erklären lassen, daß sie den Besuch der deutschen Marine in Danzig nicht für angebracht erachtet und sich auch an den Veranstaltungen anlässlich des deutschen Flottenbesuchs nicht beteiligen werde, so findet der sonst übliche Austausch von Besuchen zwischen dem deutschen Admiral und dem polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig zum ersten Male nicht statt.

Die ländlichen Kreditgenossenschaften in der Krise.

Selbsthilfe und Staatshilfe. Am zweiten Tage der Verhandlungen des Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstages stand im Mittelpunkt die Rede des Direktors Dr. Habelberger, München, über das Thema: „Der 13. Juli und die ländlichen Kreditgenossenschaften“. Er führte u. a. aus: Es sei nicht zweifellos, wenn man darauf hinweist, daß die genossenschaftliche Organisation sich in den kritischen Zeitlagen wesentlich krisenfest erwiesen habe als andere Kreditinstitute.

Auf die Dauer allerdings konnte das Genossenschaftswesen auch in seiner Gesamtheit sich dem Aufschwungsprozess nicht entziehen. Von über 19 000 dem Reichsverband angehörenden Bau- und Darlehnskassen haben in der zweiten Hälfte 1931

Die Abstimmungen

ihren Anfang. Die Annemietvorlage wird in dritter Lesung und der Schlussabstimmung mit den Stimmen der Reichs- und Provinzialparlamente angenommen. Von der Freiheit ausgeschlossen sind nach der verabschiedeten Fassung Landesabstimmungen, Berratt militärischer Geheimnisse, Brandstiftung, vorläufige Gefährdung eines Eisenbahntransports, Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung, schwerer Raub und diejenige Verbrechen gegen das Ehrenvergehen, als deren Folge Menschen schwer verletzt oder getötet wurden oder erheblicher Sachschaden entstand. Auch Meinend und Vergehen gegen die Religion werden nicht amnestiert.

Im weiteren Verlauf der Abstimmungen findet ein Ausnahmestimmungsantrag, auf die Reichsregierung einzuwirken, die politischen Landesabstimmungen

gegen den Zugang der politischen Arbeiter weiterhin zu perren. Ein gleichfalls angenommener Entschuldigungsantrag zur Arbeitsbeschaffung wünscht, daß im Benehmen mit dem Reich ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm, insbesondere durch Bau von Arbeiterwohnungen, Ziebelandbau, Verkehrsarbeiten, Veredelung des Mittelstandes, Schmalzschmelz- und Flußregulierungsarbeiten durchgeführt wird. Durch eine Verfestigung der angenommenen Kapitalgesellschaften und scharfe finanzielle Kontrolle des Bank- und Börsewesens soll die verantwortungsvolle Spekulation mit den weltwirtschaftlichen Gütern der Nation umherrschen werden.

Im Anschluß an den angenommenen Antrag, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung

Die Arbeitsdienpflicht

eingzuführen sei, wird mit 200 gegen 198 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Ein Antrag auf Minderanzahl von Sitzungen bei den Volksfabriks- und sonstigen Unternehmungen findet Annahme. Angenommen wird auch der kommunalistische Antrag auf Begleichung aller Einkommen über 12 000 Mark, und zwar mit 141 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 54 Stimmen der Deutschnationalen und Mittelpartei bei 34 Enthaltungen der Nationalsozialisten.

Der nationalsozialistische Antrag auf Erklärung des 28. Juni als Volksernterung geht an die Verfassungskommission. Dann wird die

Kulturansprache fortgesetzt.

Abg. Weder (Komm.) erklärt, über Deutschland drohe eine neue Welle jüdischer Kulturverfälschung hereinzubrechen. Abg. Dr. Stadler (Dm.) verweist auf die geistige Auseinandersetzung, die sich jetzt in unserem Volk vollziehe. Westlicher Liberalismus und Marxismus orientiert und germanisches Volkstum lägen im Kampf miteinander. Das Ziel des germanistischen Kampfes sei dabei die Erzielung des nationalsozialistischen Staates. Die Entscheidung in diesem Kampfe wäre längst zugunsten der nationalen Kräfte gefallen, wenn nicht das Zentrum sich eine politische Schuld auferlegt hätte.

Abg. Frau von Kries (Dm.) fordert verächtlichen Kampfe gegen die Freidenkerverbände, Anpassung des Schulgebäudes an das geminderte Einkommen, Wiederherstellung der staatlichen Zuschüsse für die staatlichen und privaten Schulen und Erhaltung der Mädchenbildung.

Abg. Dr. Kaulher (Ztr.) führt aus, daß die von den Nationalsozialisten angeforderte Arbeitsdienpflicht habe nichts zu tun mit dem Arbeitszwang, wie er in Sowjetrußland durchgeführt werde. Das Zentrum zeige keine Toleranz gegenüber den katholischen Volksgenossen, die für den Nationalsozialismus den ganzen Vorgesetz; bei ihm gebe es weder links noch rechts.

Auf der Redezeitel stehen noch eine Anzahl von Vertretern aller Parteien.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Das deutsche Volk mit 6 Millionen Arbeitlosen, das im jeder Geduld und Mitleid sein Schicksal trägt, braucht sich nicht Verumpfung vorwerfen zu lassen. Die innere Verumpfung würde nicht drohen, wenn die Nationalsozialisten nicht aus der äußeren Not ein Mittel des politischen Machtkampfes gemacht hätten.

Abg. Dr. Kaulher (Ztr.) stellt fest, daß von den insgesamt 407 preussischen Landräten 62 Sozialisten, 44 Staatspartei und 85 Anhänger des Zentrums seien. Es seien also 197 Landräte der Regierung feindlich, sämtliche überleben aber, also mehr als die Hälfte, fallen auf die Reichsparteien. (Widerbrüllend.)

Darauf wurde die kulturpolitische Ansprache geschlossen. Es folgten die Schlussworte.

Kurze politische Nachrichten.

Ein von den Saarbrücker Schloßherren eingenommen im Rahmen eines großen Schloßfestes geplante Ungeheuer in der Regierungskommission, aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verboten worden. Aus dem Verbot man entnehmen, daß die freundschaftliche Regierung Äußerungen des sozialistischen Volkstums mit Nationalcharakter unterdrücken will.

Am zehnten Todestag Walther Rathenau's gedachte der stellvertretende Leiter des Auswärtigen Amtes, Dr. Köpfe, in der Vorgesprächung der Direktoren des verstorbenen Reichsaussenministeriums, Anschließend leitete Ministerialdirektor Köpfe am Grabe Rathenau's einen Kranz des Auswärtigen Amtes nieder. Zugleich richtete der Reichsaussenminister Reichert von Neurath von Karlsruhe aus ein Telegramm an die Schwester Rathenau's.

Oberforstmeister v. Bombard in Frankreich verurteilt.

Gefängnis wegen Übertretung eines Ausweisungsbefehls.
Der deutsche Oberforstmeister von Bombard, der vor einigen Tagen mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen nach Bombard bei Metz gekommen war, um seiner ehemaligen Wirkungsstätte einen Besuch abzustatten, und der bei dieser Gelegenheit von der französischen Polizei verhaftet wurde, wurde vom Strafgericht in Metz wegen Übertretung eines Ausweisungsbefehls zu einem Monatsgefängnis verurteilt. Die Gattin von Bombard und seine beiden Söhne, die gleichfalls verhaftet worden waren, wurden an die Grenze zurückgebracht.
Wie bekannt, ist die Verurteilung des Oberforstmeisters erfolgt, ohne daß dem Verurteilten Strafausschub gewährt wurde. Er befindet sich in Metz in Strafhaft.

Deutscher Protest in Paris.

Die deutsche Botschaft in Paris ist im französischen Außenministerium vorstellig geworden, um die Freilassung v. Bombards zu erwirken. Es ist richtig, daß ein Ausweisungsbefehl gegen v. Bombard vorlag. Andererseits kann sich v. Bombard auf seinen guten Glauben insofern berufen, als ihm ein französisches Konulat ein Visum für die Einreise nach Frankreich erteilt hatte. Da ein solches Visum freies Geleit darstellt, ist insofern unrichtig. Die Antwort der französischen Regierung steht noch aus.

Amtlicher Teil.

Planauslegung.

Die Schranken des Wegüberganges in km 168,890 der Strecke Falkenberg—Koschau sollen während der Nachmittagsstunden, und zwar von 21 Uhr bis 3 Uhr, gänzlich geschlossen gehalten und während dieser Zeit der Schrankenwärter zurückgezogen werden. Es handelt sich um den Uebergang eines sehr wenig benutzten Feld- und Waldweges, der aus der Forst Annaburg kommt und zu keiner Ortschaft unmittelbar führt.

Der Plan hierzu liegt vom 25. Juni bis zum 9. Juli ds. Js. bei dem Gemeindevorstand in Annaburg zu jedermanns Einsicht aus.

Während der Auslegung steht es jedem Beteiligten im Umfang seines Interesses frei, bei dem Gemeindevorstand in Annaburg schriftlich oder zu Protokoll Einwendungen gegen den Plan geltend zu machen.
Torgau, den 23. Juni 1932.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlichung! Annaburg, den 25. Juni 1932.

Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 28. ds. Mts. von 10 bis 13 Uhr und von 14 bis 16 Uhr, findet im Rathaus, großer Sitzungssaal, Sprechtage des Zinnarzmeisters Torgau statt.
Annaburg, den 23. Juni 1932.

Der Gemeindevorstand.

Locales und Provinzielles.

— Die Auswirkung der Salzsteuer. Die Auswirkung der Salzsteuer von 12 Pf. pro Kilogramm bedarf einer besonderen Unterjudung. Hier ist eine Kopfststeuer schlimmer Art zur Einführung gelangt, da auch der ärmste Großhändler beim besten Willen nicht mehr Salz verzeihen kann, als der ärmste Wohnfahrtsverworbene. Der Ladenpreis für ein Kilogramm gewöhnliches Kochsalz beträgt im Augenblick 14 Pf. Nach Inkrafttreten der neuen Salzsteuer wird dieser Preis 26 bis 27 Pf. betragen. Die Preisverhältnisse sind nun folgende: Die reinen Produktionskosten für 1000 Kilogramm Kochsalz betragen im Salzbergwerk der Solonwerke (Schacht Vogt-Wallach) z. B. 4,50 Mark. Die Produktion wird der Grube dem Sodbrot zum Preise von 6,50 Mark je Tonne (das sind 1000 Kilogramm) abgenommen. Der Verbraucher bezahlt bisher pro Tonne 140 Mark und wird nach Inkrafttreten der neuen Salzsteuer 270 bis 280 Mark bezahlen müssen. Den Produktionskosten von 4,50 Mark pro Tonne steht also ein Kleinhandelspreis

von 280 Mark gegenüber, von dem allein 120 Mark auf Konto der Salzsteuer kommen. Die Forderung: „Herunter mit der Salzsteuer!“ dürfte angesichts dieser ungläublichen Zustände nur heredität sein.

Entschließung des Rentnerbundes. Anlässlich einer Zusammenkunft des deutschen Rentnerbundes in Halle wurde von demselben die folgende Entschließung gefaßt: Die zur Landesverbands-Sitzung in Halle versammelten Rentnervertreter der Provinz Sachsen erwarten angesichts der sich immer weiter verschärfenden Wirtschaftslage und drohender weiterer Kürzungen in der Fürsorge, daß die Bundesleitung unerschrocken energische Schritte bei den neugebildeten Reichs- und Staatsregierungen unternimmt, um die gerechten Ansprüche der Rentner auf Herausnahme aus der Fürsorge durch ein Rentner-Versorgungsgesetz durchzusetzen, jede weiteren Kürzungen zu verhindern, sowie auch bindende Bestimmungen zu verlangen, daß den Rentnern in Krankheitsfällen weitgehendes behördliches Entgegenkommen und nachdrücklichster Rechtschutz zuteil wird.

Senen schütten! In Jellishin verunglückte eine landwirtschaftliche Arbeiterin dadurch, daß sie beim Verlassen eines Ackerwagens in eine ungeschützte Senle trat, wobei sie sich eine Klaffende Schnittwunde am Unterarm erlitt. Es ist daher an dieser Stelle die bringende Mahnung erwünscht, Senen und dergl. gefährliche Handwerkszeuge nur im geschützten Zustande zu transportieren. Auch in anderer Gegend wird über schicksaligen Umgang mit Senen Klage geführt. Vor allem führe man Senen nicht auf dem Fahrrad mit, ohne sie gesichert zu haben.

Nachrichten des Grundbuchamts sorgsam beachten. Jeder, der eine Benachrichtigung vom Grundbuchamt erhält, muß sie sorgfältig nachprüfen, wenn er später irgendwelche Schadenersatzansprüche wegen falscher Eintragungen und dergl. geltend machen will. Diesen Grundlaß hat das Reichsgericht in einer Entscheidung ausgesprochen (V 335/31), als ein durch unrichtige Hypothekeneintragung beeinträchtigter Grundbesitzer in Frankfurt an der Oder den preussischen Staat Schadenersatzpflichtig machen wollte. Das Reichsgericht ging ebenso wie das Kammergericht davon aus, daß die von dem Grundbuchamt an die Beteiligten erfolgende Benachrichtigung von den geschätzten Eintragungen den Zweck verfolge, den Interessierten die Möglichkeit zu geben, die Ordnungsmäßigkeit der Erzielung nachzuprüfen. Daraus folge für die Empfänger die Pflicht, eine sorgfältige Prüfung der Richtigkeit vorzunehmen.

Annaburg. (Deutscher Arbeiterlag.) Da am morgigen Sonntag das 10. Bezirksfest hier abgehalten wird, kann der hiesige Männer-Gesang-Verein an diesem Tage das gewohnte Gesangsconcert auf dem Marktplatz nicht ausführen. Dasselbe wird voraussichtlich am 3. Juli nachgeholt.

Annaburg. (Bolschewikabend.) Am 18. Juni hielt das Leipziger Bolschewikquartett hier selbst eine musikalische Feiernacht ab, welche sehr gut besucht war. Nach Schluß derselben versammelte sich die Gemeinde auf dem Markte, um noch einigen Abendliedern zu lauschen, welche von dem Bolschewikquartett zu Gehör gebracht wurden. Am Sonntag, vormittags, wirkte Johann das Bolschewikquartett im Gottesdienst mit und erfreute durch die Klänge die Herzen der Hörer. Auch im Kindergottesdienst war das Quartett tätig, um Schauten und zur Freude der 100 Kinder, welche den Gottesdienst besuchten.

Raudorf. Zu dem von uns in Nr. 74 der Annaburger Zeitung gemeldeten Unglück, bei dem das zweifelhafte Schöndchen des Maurers Seidel ums Leben kam, sehen wir uns veranlaßt, folgende Berichtigung zu bringen: Der bedauerliche Vorfall spielte sich nicht in der von uns dargelegten Weise ab; vielmehr ist das Kind in einem unbewachten Augenblick in das Wasserbassin geraten. Der Vater des Kindes wollte zur Zeit des Unglücks nicht an der Unfallstelle, sondern erfuhr erst später von dem bedauerlichen Vorfall.

Ellden. Einen schweren Verlust erlitt hier selbst der Landwirt W. Böhmig aus Gehmen. Er war in der Nähe des Elldener Riß mit dem Aufladen von Heu beschäftigt und wollte gerade an einem zweiten Wagen ein Gepann anschließen, als plötzlich der Wagen ins Rutschen kam. Die Pferde stemmten sich vergeblich dagegen und versuchten ohne Erfolg, um nicht ins Wasser zu stürzen, nach rechts abzubiegen. Der Wagen schlug um und riß die beiden Pferde doch ins Wasser hinein, um sie ertranken.

Ellden. (Himmelsstiegen) Reist eigenartige Naturlaute bekommen die Wäber der Elbwiesen jetzt des öfteren zu hören. Soch in den Wäbren mecken ihnen des Morgens gegen 4 Uhr die „Himmelsstiegen“ etwas vor. Das Summschnepfen-Männchen bringt die mackernden Töne mit den Flügeln hervor und zwar jetzt, da die Schnepfen zum zweiten Mal schlüpfen. Die erste Brut ist in diesem Jahre von dem Junibodwasser der Elbe vernichtet.

Falkenberg, 23. Juni. In dem seit kurzer Zeit bestehenden „Mo-Gesellschaft (Schulstraße) wurde in dieser Nacht nach 2 Uhr ein Einbruch verübt. Der Täter warf einen etwa Hundertergroßen Stein in das eine der Gehäusenfenster. Durch das Geräusch wurden sofort der Geschäftsinhaber und auch die Hausbewohner wach, worauf der Täter eiligst verschwand. Trotzdem ist es ihm in der kurzen Zeit gelungen, durch das einfließende Loch in der Scheinfenstergehäusen ein Paar Stragen zu entwenden, einige Senden und ein paar Stragen zu entwenden.

Schornewitz. (Feueralarm.) Im Walde rechts des Weges von Schornewitz nach Gröben wurden starke Rauchwolken bemerkt. In der Annahme, daß dort ein Waldbrand entstanden sei, wurde die Freiwillige Feuerwehr alarmiert. Als die Wehr am Orte des angeblichen Brandes erschien, stellte man fest, daß dort ein Beauftragter in feierlicher Arbeit das alte Papier in der Weggrube verbrannte. Die Wehr rückte darauf wieder ab.

Zeurentrieben. (Schwerer Unfall eines 8-jährigen Mädchens.) Im Nachbardorfe Bradwitz lebte der Landwirt Burow mit seinem Gespann vom Felde heim. Er hatte dabei zwei Wagen, von denen der vordere mit Heu beladen war, aneinandergelockert. Dies beobachteten die Kinder des Landwirts Kläwe und kletterten auf die Verbindungslänge. Dabei glitt ein 8-jähriges Mädchen aus, fiel zu Boden und hatte Räder gingen über die Beine des Kindes hinweg. Schwerer verletzt wurde das bedauernswerte Mädchen ins Krankenhaus geschafft. Es kann den Eltern nicht dringend genug geraten werden, die Kinder vor dergleichen Anflug zu warnen.

Tommerleben. (2000 Hamster gefangen.) Die Hamsterfänger eines Gutes haben sich jetzt schon recht achtbare Erfolge erzielt. In einer Fehlfur von etwa 2000 Morgen wurden von zwei Hamsterfängern bis jetzt 2000 Hamster gefangen. Man muß berücksichtigen, daß es sich hierbei nur um die Feldmaus eines Gutes handelt. Wenn man annimmt, daß jeder Hamster „nur“ 1/4 Zentner Getreide einträgt, so ist durch die Tätigkeit der Hamsterfänger die Getreideernte von einem enormen Schaden bedroht worden. In diesem Falle hätten die gefangenen Hamster mindestens 500 Zentner Getreide eingetragen.

Schmelzings Einnahmen.

100 000 Dollar Jahresernteinnahmen garantiert.
In dem Vertrag Schmelzing mit seinem Manager Joe Jacobs ist festgelegt, daß Jacobs ihm ein jährliches Einnahmen von 100 000 Dollar garantiert und daß ein etwaiger Überschuß der Einnahmen beiden zu gleichen Teilen zufällt. Im Jahre 1931 hat Schmelzing Gesamteinnahmen von rund 150 000 Dollar gehabt. Zum Jahre 1932 hat er hieron also 125 000 Dollar bekommen und Jacobs 25 000 Dollar. Da Schmelzing nun nicht mehr Weltmeister ist, schaut man sein Einkommen für die nächsten Jahre auf je 50 000 Dollar, so daß Jacobs voraussichtlich die fehlenden 50 000 Dollar jährlich aus eigener Tasche zu zahlen muß.
Für den Vorstoß mit Schartz hat Schmelzing 166 000 Dollar bekommen und Jacobs 66 000 Dollar.

Rino-Schau.

Valast-Theater. Ein nachter Mensch erregt Anstos? Warum? Sind wir Menschen denn, wenn wir nachden sind, von Widerwärtigkeit befreit? Der nachte Mensch ist das naturwüchsigste Geschöpf! Der Film „Lachendes Leben“ führt zurück in die verlorene Welt geistig und körperlich freier Menschen. Ein Film, der zeigt, wie arm wir an unserer heutigen Lebensform sind und wie wir uns selbst ein „lachendes Leben“ wieder schaffen können.

Kirchliche Nachrichten.

Am 5. Sonntag nach Trinitatis:
Annaburg, 10 Uhr: Gottesdienst.

Wie wird's Wetter?

Abends der Himmel grau, ohne Sterne, dann ist der Regen nicht mehr ferne.

Auch die zarten, duftigen Sachen — mit Persil ein leichtes Waschen!

1. Bereite eine kalte Perillauge. 1 Eßlöffel Persil auf je 2 Liter Wasser. Wasche das Wäschestück kurz durch. Vermeide Reiben und Wringen.
2. Spüle gut in kaltem Wasser. Etwas Kücheneffig im ersten Spülwasser frisch die Farben auf.
3. Drücke das Stück vorsichtig aus — nicht wringen — und rolle es mehrmals in Tücher ein und aus.
4. Wollstücken richtig in Form ziehen, auf tuchbedecktem Tisch liegend trocknen lassen. Niemals Wolle auf Wolle. Kunstseidene Sachen noch feucht mit mäßig warmem Eisen unter Auflage eines Tuches bügeln.

So wird's gemacht:

Persil bleibt Persil

Eltern! Wählt am 26. Juni nur die Kandidaten des Orts-Ausschusses des A. D. G. B. nämlich die Liste Schulaufbau Nr. 4

Freitag abend 6 Uhr verstarb nach schwerem
Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und
Großmutter
Anna Hildebrandt geb. Müller
im Alter von 67 Jahren.
Im hilfes Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Annaburg, den 25. Juni 1932.
Die Beerdigung findet Montag nachmittags
3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Meiner werten Kundschaft zur
gefl. Kenntnis, daß ich mein
Geschäft ab 1. Juli von Acker-
straße 23
nach **Mühlenstraße 8**
verlege.
Walter Richter, Friseur.

Billige Ferien-Sonderfahrt
von Dessau Hbf.
nach dem **Rhein und der Mosel**
über Mainz - Wiesbaden - Rudesheim
Koblenz - Königswinter - Köln
vom 16. bis 24. Juli 1932
mit Anschlägen von Bitterfeld - Wittenberg - Jersb.
Besondere Preise für Hin- und Rückfahrt einchl. D. Zug-
Zuschlag, Rheindampferfahrt von Mainz bis Koblenz,
sowie 6 Uebernachtungen einchl. Frühstück, Beheizung-
geld usw. — 62,70 RM. Verkauf der Fahrkarten und
Zugskarten ab sofort bei allen Fahrkartenausgaben,
in Dessau auch beim Verkehrsbüro. Alles Nähere im
besonderen Reiseführer*, der kostenlos von allen Aus-
gabestellen abgegeben wird.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Reichsbahn-Verkehrsamt Dessau
Leopoldstraße 24. — Fernsprecher 2479.

Wir empfehlen heute:
Santos-Kaffee 1/4 Pfd. 50 Pf.
Perl-Kaffee 1/4 Pfd. 70 Pf.
Haushalt-Mischung 1/4 Pfd. 80 Pf.
Spezial-Mischung 1/4 Pfd. 90 Pf.
Tafel-Margarine Pfd. 30 Pf.
K-Margarine Pfd. 33 Pf.
L-Margarine Pfd. 45 Pf.
Haushalts-Margarine Pfd. 60 Pf.
Landhaus-Margarine Pfd. 65 Pf.
das Feinste
Emmentaler Käse, halbfett 1/4 Pfd. 15 Pf.
Emmentaler Käse, vollfett 1/4 Pfd. 20 Pf.
Edamer Käse, halbfett 1/4 Pfd. 18 Pf.
Edamer Käse, vollfett 1/4 Pfd. 23 Pf.
Hering in Öl 2 Str. Dose 59 Pf.
Weathering ohne Kopf 2 Str. Dose 69 Pf.
Wismarkehning 2 Str. Dose 69 Pf.
Tafel-Öl Pfund 33 Pf.
Blumenmus Pfund 35 Pf.
Blumenmus 2 Pfund-Topf 88 Pf.
Maemelade 2 Pfund-Eimer 72 Pf.
**Schneeweißes
Rohschmalz** Pfund 40 Pf.
und 5 Prozent Rabatt!
**Hamburger Kaffeelager
Thams & Garfs**
Zorgauer Straße 21

1 Oberwohnung
zu vermieten:
Betgestraße 13.
Gute
Enten-Bruteier
gibt noch ab Ackerstr. 22
Bestellungen auf
Briketts
nimmt jederzeit entgegen.
Otto Scheibe.

**Keypin-Creme
-Seife**
ausgewaschen, feinstverpackt
seit Jahren glanzvoll bewährt
**Flechte-
Jacken**
Ausschlag, Krätze, Ekzeme, Haut-
beschwerden, Unreinheit usw.

Alder-Drogerie und Fotohaus
G. Schön.

**Eintrittsblocks
Garderobenblocks**
sind wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

Hallo! Zum Bezirksturnfest! Hallo!

Sonntag auf dem Schloßplatz:
Gustav Dubro's
Spezial-Thüringer Rost-Bratwürste
sowie die altbekannt
Thüringer Rostbrätel (Kotelett)
frisch vom Rost. Nur etwas für Feinschmecker.
Das Tagesgespräch sämtlicher Schützenfeste!
Früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr!
Nach diesem bis 11 Uhr abds. im Siegeskranz
Groß. Benefiz-Abschiedsbraten.
Sonabend zum Kommerz:
Großes Dubro's
bei Dubro's (Kaffeehof Siegeskranz) von
6 Uhr bis 11 Uhr abends:
Thüringer Rostbratwurst und Thüringer Rostbrätel.
Es ladet ein
Der Bratwurst-König.

10. Bezirksturnfest

am 25. u. 26. Juni 1932 in Annaburg
Weit über ein halbes Tausend Turner werden ihren Einzug hier halten!

Festfolge: am Sonnabend, den 25. Juni 1932:
7.30 Uhr: Kaptenfrisch
8.30 Uhr: Begrüßungsabend im Gol-
denen Ring (Kanzler, Festspiel, Turner.
Festfolge: am Sonntag, den 26. Juni 1932:
5.30 Uhr: Bedruf
6.30 Uhr: Beginn der Wettkämpfe
auf dem ehem. Schloßschulplatz
9.30 Uhr: Jugendfeierstunde auf dem
Schloßhof
12.30 Uhr: Anreten zum Festzug
am Waldschloßchen
1.00 Uhr: Festzug
8.00 Uhr: **Großer Turnerball im Goldenen Ring**
Festbeitrag 50 Pfg. Erwerbslose gegen Vorweis 25 Pfg.
Wir bitten die geladene Bürgerchaft Annaburgs uns an beiden
Tagen durch recht zahlreichen Besuch zu unterstützen. **Gut Heil!**
Männer-Turn-Berein v. 1881 Annaburg.

Frachtbrieft
empfiehlt die Buchdruckerei

Elternbeiratswahl!
Alle christlich denkenden Eltern geben
am Sonntag ihre Stimme nur der

christlich-unpolitischen Liste!

Meine Schaufenster-Ausstellungen
dieser Woche:

Aparte Sommerstoffe
Seidenvoiles, Crêpe Fleurettes, Crêpe marocains
Duftige Sommerkleider
Blusen, Pullover
Chicke Sommermäntel
Billige Strümpfe
Kinderstrümpfe von 35 Pf. an, Damenstrümpfe
von 38 Pf. an, Herrensokken von 45 Pf. an
Unterwäsche, Batist und Trikot, Charmeuse
Hüfthalter, Strumpfhaltergürtel
Bade-Artikel - Turner-Kleidung
Emil Bortfeld

Cellophan-Papier Scheunen-
Salzyl-Papier Haferstroh
für die Einmachzeit empfiehlt Zentner 1.- RM.
Herm. Steinbeiß, Papierhdlg. Böttcher, Gut Naundorf

Zum Bedruf
am 26. Juni, früh 5 Uhr,
treten alle passiven Mit-
glieder am Hause des
Hrn. Mühlmeisters Nohe
an. Herrens Ihr alten
Herrens aus der vorgenan-
ten Bequemlichkeit, zeigt,
daß Ihr auch noch da seid,
keiner darf's verschlafen.
M. Z. B. von 1881.
Der Führer.

**Bettfedern-
Reinigung!**
Montag wieder in Annaburg
im „Bürgergarten“
Das Pfund zu reinigen
nur 25 Pfennig.
Reinhold Herre.

Kolli-Anhänger
empfiehlt die Buchdruckerei

Palast-Theater
heute Sonnabend u. Sonntag 8 1/2 Uhr
Ein Film von Frei-Körper-Kultur, Aufbau
neuer Lebensform, Rückkehr zur Kultur.
Lachendes Leben
Wird Nachtzeit enttötend? Welche ethischen
Erfolge erzielt die Bewegung der Frei-Körper-Kultur?
Unter Mitwirkung der berühmten Jutta Klant-Schule
und Mitgliedern der Vereinigungen „Licht-Land“
u. „Lachendes Leben“. Ein Film, der naturerzählenden
Menschen den Weg zu ihr zurück weist.
Ferner das interessante Programm
Billige Preise: 40, 60, 80 Pfg.

Hotel Waldschloßchen.
Sonntag, den 26. Juni:
Großer Ball
Anfang 7 Uhr! Eintritt 80 Pfg. Tanz frei!
Freumb. ladet ein **Hugo Fensch u. Frau.**

**Annaburger
Landwehr-
Berein.**
Der Einladung des M. Z. B.
von 1881 zum 10. Bezirksturn-
fest am 25. u. 26. Juni
folgend, empfehlen wir unseren
Mitgliedern regen Besuch
sämtlicher Veranstaltungen.
Der Vorstand.

**Wer kam heute
noch 1 Quartier
für 1 Nacht geben?**
30 werden für Turner noch
benötigt. Gefl. Meldeban-
gen bis 6 Uhr nachm.
beim Wohnungsamt
i. Waffhof Dubro erbeten.
Männerturnverein v. 1881.

Naundorf
Am Sonntag, den 26. cr.,
ab 4 Uhr, veranstaltet die
Jugend im Müller'schen
Lokale ein öffentliches
Vergnügen
Es ladet freundlichst ein
Die Jugend. Der Wirt.
Schrankpapier,
gemüßert, empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Col. Naundorf.
Sonntag, den 26. Juni:
Ballmusik.
wozu ergebenst einladet
Arthur Heinide.
Schnupftabak
„Goldfarb“
sowie Kautabak
empfiehlt
Louis Hofmann.

Turn- und Sport-Bekleidung!

Trainings-Anzüge für Damen, Herren und Kinder
Turn-Anzüge für Damen, Herren u. Kinder in schwarz u. blau
Turner-Hosen für Herren in weiß Satin
Sport-Hosen in schwarz und grün
Turn-Hemden für Herren und Knaben mit u. ohne Aermel
Abzeichen in rot und blau, **Sportgürtel** v. 50 Pf. an
Aermellose Pullover, Polo-Blusen f. Damen u. Kinder

Carl Quehl

Der Einkommen- und Krienssteuerbescheid.

Geht er in Ordnung? — Möglichkeiten zur Steuererleichterung und Ermäßigung der Vorauszahlungen.

Auf den Finanzämtern hat jetzt die Abklärung der Einkommensteuerbescheide für das Jahr 1931 begonnen, in denen wie im Vorjahre gleichzeitig mit der Einkommensteuerbescheid für 1931 gründermäßig auch die Zuschläge mit festgesetzt sind, die Bezüher von Einkommen über 8000 Mark und Ledige für das laufende Jahr zu zahlen haben.

Da sich diese Zuschläge auf der Einkommensteuerbescheid 1931 aufbauen, ist es doppelt wichtig, die Richtigkeit der Berechnung dieser Steuerhöhen nachzuprüfen. Die Einkommensteuer errechnet sich wieder nach dem durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eingeführten Stufenstarif, wonach die Einkommen innerhalb bestimmter Grenzen auf einen Mittelbetrag auf- bzw. abgerundet, zum Beispiel Einkommen zwischen 5250 Mark und 5750 auf 5500 Mark und die Steuer dann nach diesem Mittelbetrag berechnet wird.

Wahrscheinlich wird die Einkommensteuerbescheid 1931 durch die jetzt festgesetzte Einkommensteuerzuschläge 1931 durch die geleisteten Vorauszahlungen oder durch die einbehaltenen Steuerabzüge von Arbeitslohn und Kapitalertrag überzahlt sein. Die Erstattung dieser Überzahlung oder ihre Anrechnung auf sonstige fällige Steuerhöhen wird meist für etwas Selbstverständliches gehalten, ebenso wird häufig die Verzinsung dieser Überzahlung beanprucht. Leider sind die Rechte des Steuerabsetzers durch die Notverordnungen sehr stark beschränkt worden. Die Rechtslage ist hier folgende:

- a) durch zuviel geleistete Vorauszahlungen,
b) durch zuviel einbehaltenen Steuerabzüge vom Arbeitslohn, oder
c) durch Steuerabzüge vom Kapitalertrag.
Zuviel geleistete Vorauszahlungen muß das Finanzamt stets erstatten. Es ist aber berechtigt, Überzahlungen auf andere etwa sonst noch geschuldete fällige Reichssteuer, wie z. B. die Vermögenssteuer, die Aufbringung, die Kapitalvertriebssteuer usw., anzurechnen. Dagegen ist eine Anrechnung mit anderen als Reichssteuer, z. B. Steuerertrag, Vermögenssteuer, unzulässig. Eine Verzinsung zu erstattender Vorauszahlungen kann der Steuerpflichtige nicht verlangen.

Vorauszahlungen wurden im letzten Jahre vielfach gegen Zinsen gefordert; vielfach wurde auch unbillig gezahlt, so daß das Finanzamt Vorauszahlungen oder Verzugszuschläge berechnete. Es galten bis zum 31. Juli 1931 10 Prozent für die Verzinsung, vom 1. August bis 31. Dezember Verzugszuschläge von 5 Prozent für jeden angefallenen halben Monat. Die Verzugszuschläge vertragen bei tageweiser Berechnung bis zum 31. Juli 1931 5 Prozent, ab 1. August 1931 5-8 Prozent. Kommen solche Vorauszahlungen zur Erstattung, so wird häufig auch Erstattung aller dieser zufälligen Zahlungen verlangt. Nach der fälligen Nachprüfung des Reichsfinanzhofes ist eine Erstattung von Verzugszinsen und Verzugszuschlägen jedoch unzulässig. Anders hat der Reichsfinanzhof hinsichtlich der Verzugszuschläge entschieden. Obwohl die Rechtslage hier kaum eine andere ist als bei Einzahlungen- und Verzugszinsen, ist der Erstattungsanspruch für Verzugszuschläge in einem Urteil vom 3. Januar 1932 bejaht.

Hinsichtlich der Zahl der Lohnsteuerbeiträge bestehen in diesem Jahre keine Erstattungsansprüche mehr, nachdem die Lohnsteuererklärungen ganz allgemein durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 aufgehoben worden sind. Auch aus Billigkeitsgründen wird hier eine Erstattung nicht in Frage kommen, da das praktisch zu einer Überforderung der Einkommensteuer führen würde. Dagegen dürfen die überzahlten Steuerabzüge nach der Nachprüfung des Reichsfinanzhofes wenigstens zur Deckung des fünfprozentigen Einkommensteuerzuschlags verwendet werden.

Die Erstattungen von Beträgen, die im Wege des Steuerabsetzes vom Kapitalertrag einbehalten sind, kann nur stattfinden, wenn das gesamte abgerundete Einkommen nicht mehr als 1300 Mark beträgt (bei Familienangehörigen erhöht sich der Betrag) und wenn die einbehaltenen Steuerbeiträge jährlich nicht mehr als 20 Mark ausmachen.

Die jetzt festgesetzte Einkommensteuerbescheid bildet beinahe die Grundlage für die weiterhin für 1932 zu leistenden Vorauszahlungen. Für die heute sehr zahlreichen Fälle eines Einkommens im Einkommensteuertarif in 1932 gegenüber 1931 bieten sich Möglichkeiten, die Vorauszahlungen zu senken. Nach § 100 EStG hat der Steuerpflichtige hierauf einen Nachspruch, wenn sich sein Einkommen 1932 voraussichtlich um mehr als ein Fünftel, mindestens aber um 1000 Mark niedriger berechnen wird als 1931. Abgesehen hiervon hat der Reichsfinanzminister in einem für dieses Jahr entsprechend anwendbaren Erlaß vom 20. Januar 1931 Anweisung gegeben, zukünftige Einkommensminderungen auch sonst bei Berechnung der Vorauszahlungen zu berücksichtigen. Die Vorauszahlungen sollen danach nicht rein schrittweise nach der letzten Jahressteuerbescheid, sondern unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Steuerpflichtigen festgesetzt werden.

Für einheitliche Einkommenverwaltung.

Dr. Poppi über den Lokalverband. Der Preussische Landtagsrat hielt in Berlin seine diesjährige Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag von Staatssekretär Professor Dr. Poppi über das Thema: 'Der finanzielle Zusammenhang zwischen Reich, Ländern und Gemeinden'. Er betonte die Wichtigkeit der öffentlichen Wirtschaft für Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherungen — gründe zu einem Ausblick unter ihnen. Er schilderte den drohenden Zusammenbruch der Gemeinden und Gemeindeverbände und ging dann auf die Fehler der Organisation ein. Es bedürfte einer Zusammenfassung bei den Parteien, daß die Bildung förmlich nicht zu kleiner und wirtschaftlich möglichst homogener Kreisverbände anzustreben. Die Gemeindeverbände müßten zwar — unter Beilegung des Nebeneinander von Arbeitssachen und Wohlfahrtsachen der Gemeinden —

unter Zusammenfassung der letzten drei Jahren der Arbeitslosenversicherung eine einheitliche Fürsorgeaufgabe der Gemeinden werden, aber es müßte für hinreichende Finanzierung der Gemeinden gesorgt werden, wenn auch durch ein festgelegtes System von Zuschüssen aus einer zusammenfassenden Kostendeckung. Die Reform des Finanzsystems würde keinen Aufschub mehr. Der Landtagsrat erklärte sich in einer Entscheidung für die Fortführung des Prof. Poppi'schen Arbeitslosenversicherungsgesetzes, den Bereich der kommunalen Verwaltung und die kommunalfinanziellen Kräfte überleitende Aufgabe, deren Kostenträger auf die breiten Schulden, also im wesentlichen auf das Reich, gelegt werden muß. Die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 ist lediglich ein Fortschritt, nicht eine Endlösung.

Die Kürzung der Invalidenrenten.

Der Abgang beginnt bei den Witwenrenten. Durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932, so teilt die Landesversicherungsanstalt Berlin mit, ist die Kürzung der Renten in der Invalidenversicherung angeordnet worden. Die Kürzung erfolgt erstmalig bei den für Juli 1932 auszahlenden Witwen, und zwar bei den Invalidenrenten um 6 Mark, bei den Witwenrenten und Witwenrenten um 5 Mark und bei den Witwenrenten für jede Witwe um 4 Mark.

Das Saargebiet will zum Reich zurück.

Falsche französische Hoffnungen. In französischen Kreisen hat man immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß im Wahljahre 1935 die Saarländer die Bevölkerung ein Votum abgeben wird, das sich, wenn auch nicht für eine Angliederung an Frankreich, so doch wenigstens auch nicht für eine vorbehaltlose Eingliederung in das Deutsche Reich aussprechen wird, sondern vielmehr für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes als Volkserbkantone. Wie wenig Entgegenkommen die Saarländer diesen französischen Wünschen gegenüber zeigen, beweist eine Erklärung, die die Parteien des Saargebietes mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialdemokraten im Landesrat abgegeben. Nach dem Willen der gesamten Bevölkerung, so heißt es in der Erklärung, würde die Entscheidung anders als so gefaßt werden, daß das gesamte Saargebiet politisch und wirtschaftlich vorbehaltlos dem Deutschen Reich wieder eingegliedert werde. Spätestens müßte dies im Jahre 1935, dem Zeitpunkt der Volksabstimmung, geschehen. Die Saarbevölkerung werde sich unter keinen Umständen ihr Recht auf politische Selbstbestimmung in irgendeiner Weise beeinträchtigen lassen.

5569000 Arbeitslose.

Nur 14 000 weniger seit Ende Mai. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Juni 1932 hat der Arbeitsmarkt in der ersten Junihälfte nur eine geringfügige Entlastung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Juni rund 5 569 000 und lag somit um rund 14 000 unter dem Stande vom 31. Mai. Dieser Rückgang wäre stärker, wenn nicht der saisonmäßigen Entlastung eine Verschlechterung in den Überwiegenden von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen entgegenwirkte. Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit des Winters ist eine Abnahme von rund 560 000 Arbeitslosen zu verzeichnen, während im Vorjahre die Arbeitslosenentlastung, die allerdings schon um einen Monat früher einsetzte, bis Mitte Juni sich auf rund 990 000 belaufen hatte. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat um rund 74 000 abgenommen und betrug am 15. Juni rund

Das Schicksal spricht das letzte Wort. Roman von J. Schneider, F. Foerster, H. Harnberber, Schütz, H. Harnberber.

„Und von dem Lebenden haben Sie sich losgesagt!“ Da nichts als ein Wimmern kam, fuhr er fort: „Nur weil Sie ihn nicht mehr im Waffenrock haben? Von solch einer Kleinigkeit hing Ihre Liebe ab, Fräulein Bloem?“ Das Mädchen um ihren Mund zeigte mehr Verzweiflung, als eine Frau von Tönen es vermocht hätte. „Nur deshalb, Graf? Ach! Er war mir in jedem Rock der Anbänger des Glücks. Aber als ich dann mit eigenen Augen sah, wie er Miß Hetterfeld im Arme trug, ihr Hände küßte und den Kopf an ihre Arnie gedrückte hielt... Das letzte erstikte in schmerzlichen Schluchzen. „Sie verleumden einen Toten!“ brauste Pippädt auf. „Ich hätte es nicht sagen dürfen!“ fliegte sie sich an. „Vergeben Sie, daß ich ihn beschuldigt habe! Ich bitte Sie, vergeben Sie es, Graf Pippädt!“ Er hatte bereits auf die Knie gelockert. Coelin streckte abnehmend die Hand aus, als Alice einzat. Ein langer Blick der Verklärung wurde zwischen ihr und dem Vater gewechselt, dann waren die beiden Mädchen allein. Ein breiter Streifen Sonne lag über dem großen Teppich und teilte ihn in zwei Hälften. Die Wände flimmerten in tuppernem Gold. Alces Idmarques Haar schillerte blau, als sie es mit rascher Bewegung in den Nacken legte. „Sind Sie Wittors wegen gekommen?“ Coelin mußte sich erst fassen. „Ich mußte von nichts,“ logte sie leise. „Bewegen dann?“ „Wieder entstand eine Pause. „Mein jüngerer Bruder ist seit dem Ausbruch des Doppler verschollen. Ich bin gekommen, um Graf Pippädt zu bitten, er möchte sich bei seinem Sohne erkundigen, daß er mir beihilflich ist, meinen Bruder aufzufinden. Meine Mutter ist am Verweseln.“ „Ich habe auch einen Toten zu beweinen, Fräulein Bloem,“ kam es abwehrend.

„Ich weiß, was Ihnen mein Verlobter war, Miß Hetterfeld. Der Inbegriff des Glückes, wie er es mir gewesen ist. Ich habe Ihnen heuerzeit den Lebenden überlassen, Miß Hetterfeld. Seien Sie nun großmütig und überlassen Sie mir den Toten!“ In Alces Gesicht fand eine zornige Antwort. „War ich es, die Ihnen den Geliebten nahm? Haben Sie ihn nicht freiwillig weggefordert an dem Tage, an dem er sich gezwungen sah, die Uniform auszuziehen? Meine Arme haben ihn nie umschlungen, mein Mund hat...“ Sie schwieg erschrocken, als Coelin sie unterbrach. „Doch! Sie taten es, Miß Hetterfeld. Haben Sie vergessen: Damals im Park, hat er Sie an sich gedrückt, Ihre Hände geküßt und dann auf seinen Armen weggetragen. In jener Stunde gerbrach mein Glaube an ihn!“ „Gott, Fräulein Bloem — Sie haben das gesehen?“ „Ich habe es gesehen, ja! Ich hatte erfahren, daß Langenbach verkauft werden sollte und ließ zu Fuß hierher, um Viktor zu beschwören, er sollte es nicht tun und seinen Vater bewegen, noch so lange zu warten, bis ich volljährig bin. An diesem Tage hätte ich mein Vermögen ausbezahlt bekommen und es ihm zur Verfügung gestellt, um das Gut für ihn zu retten. Ich benötigte eine kleine Pforte in der Nähe des Totenpfeiles, um hereinzuflüpfen. Da sah ich Sie kommen mit Viktor an Ihrer Seite. Und ich sah alles anders!“ Sie strich sich verämbend über die Stirne. „Ich war von Sinnen damals. Ich mußte nicht mehr, was ich tat. In meiner Verzweiflung schrieb ich jenen Brief an ihn, der meine Abgabe enthält. Heute würde ich wortlos ergeben, auch wenn er mir ein zweitesmal die Treue bräuge.“ „Er hat Ihnen die Treue nicht gebrochen, Coelin!“ Alice umschlang die Weindampfen mit festen Armen. „Es war ein ganz unglücklicher Irrtum. Mit höchsten Worten berichtete sie, daß mich du sagen,“ bat sie und zog Coelin zu sich auf das Sofa. „Er hat immer dir gehört. Und wie dir der Lebendige zu eigen war, so soll dir auch der Befehl des Toten niemand schmälern. Somit war ihn gefunden haben, ist er beim!“ „Ich danke Ihnen, Miß — Komtesse Pippädt.“ Coelin war mir im Kopf von dem Geruch. „Ich will noch Sumatra fahren und nach ihm forschen. Ich habe Zeit, und wenn es Jahre dauern sollte, einmal muß ich doch an die Stelle kommen, wo er liegt.“

„Es ist alles verflüchtigt,“ gab Alice zu bedenken. „Ich habe ihn ja auch verloren und mit ihm mein Vater und mein Großvater. Wenn ich damals nur gewußt hätte, wie sich alles verhält, Es wäre nicht anders, wie Sie es jetzt gesehen. Aber ich kann meinen Großvater nicht befehlen, daß er mich die Wahrheit nicht früher wissen läßt. Er meint sich mit Vormütern, daß er Viktor nach Sumatra schickt, aber er hatte es gut gemeint. Es hilft eben nichts, sich gegen das Geschick stemmen zu wollen. Es kommt alles, wie es kommen muß.“ Die Sonne hatte ihre Linie gegen den mächtigen Lüfter hin verschoben, und der spritzte nun in tausend Farben auf. Durch die offenen Fenster kam das Grollen einer Mühle, die Schall nach dem Gefährten hatte. Ein Wagen rollte in hartem Tempo über die Auffahrt und stoppte mit plötzlichem Ruck. „Der, der an dem großen Hauptportal stand, verneigte sich stumm, als Luß Setterholm den Hut löste. „Ist meine Schwester hier?“ Sein Anzug war verstaubt, und an dem einen der gelben Lederhandschuhe flachte ein breiter Riß. „Das gnädige Fräulein ist beim Herrn Grafen.“ Luß fielen die Schultern in der Minute ungeheurer Entspannung unwillkürlich nach vorn. Er hörte das erste Aufstöhnen, das sich seiner Kehle entrang. Welche Angst Luß in sich getragen hatte, konnte er nicht ohne jemand hätte zu lazen gemerkt, wenn Coelin gegangen war. Ihr Wagen hatte in der Garage gesteht. Er war eine halbe Stunde am Telefon gestanden und hatte Nachfrage bei allen befreundeten Familien gehalten. Niemand war sie gewesen. Die Mutter horchte auf jedes Klingelzeichen, und Alca mußte nicht mehr, wo sie Trost und Beruhigungsworte hernehmen sollte. Seit Thome verschollen war, befand sie sich in einer ständigen Erregung und einer nicht zu bannenden Furcht. Sie würde nach ihrem Sängling nun auch noch ihre beiden anderen Kinder verlieren. Langtätig pallierte es, daß sie mitten in der Nacht in Coelins Zimmer schlief, um zu sehen, ob sie noch da war. Jumeilen überrannte sie Luß am Telefon mit der hilflosen Frage: „Wo bist du, Luß?“ Und wenn sie dann keine Stimme hörte, brach sie in Weinen aus. „Ich hatte plötzlich solche Angst um dich.“ (Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgenrich, 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für aufserhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschließl. Umrahmung. Schwärzungen und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsallee.

Nr. 76.

Sonnabend, den 25. Juni 1932.

35. Jahrg.

Höhepunkt in Lausanne

Wunder und Tat.

Unverhoffterweise Optimisten glaubten vor Beginn der Lausanner Konferenz an einen schnellen und erfolgreichen Verlauf. Man meinte annehmend, daß ein „Wunder“ geschehen würde. Ein Wunder hat aber zur notwendigen Begleitung die Schnelligkeit. Es muß überraschend kommen, sonst verliert es den Charakter als Wunder. Das Wunder ist also ausgeblieben, denn die Verhandlungen in Lausanne ziehen sich schon allzu lange hin, als daß man noch darauf hoffen dürfte, daß diese Konferenz andere Wege gehen könnte, als ihre stündendreihs Vorläuferin. So sehr besonders MacDonald bemüht war, durch direkte Ansprache zwischen den leitenden Staatsmännern selbst schon eine Entscheidung herbeizuführen, scheint Lausanne das nun schon zum Konferenzschiffal geordnete Los zu teilen, im Sumpf der Kommissionsberatungen langsam aber sicher zu versinken. Einen letzten Versuch, die Konferenz vor diesem Schicksal zu bewahren, bildete die persönliche Ansprache zwischen dem Reichskanzler und Herriot.

Die kurze amtliche Mitteilung der englischen Abordnung über die Unterbrechung der englisch-französischen Besprechungen und der Beginn der direkten deutsch-französischen Verhandlungen wird in unterrichteten Kreisen dahin ausgelegt, daß die Versuche MacDonalds, die französische Regierung zu einer endgültigen Regelung der Tributfrage im Sinne der englischen Regierung zu bewegen, gescheitert sind. MacDonald soll Herriot erklärt haben, daß als letzter Ausweg direkte Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Ministern beginnen müßten, um vielleicht auf diesem Wege zu einer Regelung zu gelangen. Die englische Vermittlungstätigkeit sei nunmehr erschöpft. Die kritische Lage der Konferenz, die praktisch vom ersten Tage an bestand, hat sich somit weiter verschärft.

Die beschriebenen Pläne trauen jetzt auf, auf welche Weise ein „positives“ Zusammenbruch der Konferenz vermieden werden kann. Auf englischer Seite wird stark dafür Stimmung gemacht, daß im Herbst zunächst eine europäische Wirtschaftskonferenz in Lausanne und sodann anschließend in London eine Weltwirtschaftskonferenz abgehalten werden soll, jedoch nur unter der Voraussetzung einer vorherigen Regelung der Tributfrage. Ingeheimen Ausweg aus der immer verwirrender und unsicherer werdenden Lage der Konferenz zeichnet sich jedoch bisher nirgends ab. Der Gedanke einer Verzögerung durch „Permanenzklärung“ der Konferenz und Einsetzung von Sachverständigenausschüssen gewinnt an Boden.

Man sieht, der Lebenswille aller Konferenzen taucht schon wieder als letzter Plan und Strohhalm auf, an den sich die Enttäuschten klammern. Von der Reparationskonferenz über Kommissionsberatungen zur europäischen und dann zur Weltwirtschaftskonferenz, das eben ist der Faden der Konferenz, daß sie fortzuziehenden Konferenzen muß gebären!

Die wirtschaftliche Entwicklung schreitet aber inzwischen in unheimlicher Beschleunigung ihren eigenen Gang zur Katastrophe hin. Sie läßt sich nicht aufhalten durch endlose Konferenzbeschlüsse und Sachverständigenausschüsse. Es ist genug des Wagens, es muß gewandt werden! Nicht nur am Anfang steht die Tat, sondern sie ist auch die einzige, die ein Ende machen kann. Wo bleibt sie, die entscheidungsfreudige, verantwortungsbereite Tat? Die Zeit drängt und auf das Wunder wird man vergeblich warten!

„Die Luft ist kühl.“

Die erste Besprechung zwischen dem Reichskanzler und Herriot.

Die erste große gemeinsame Besprechung zwischen dem deutschen und dem französischen Regierung auf der Tributkonferenz begann mit einem Besuch des Reichskanzlers von Papen bei dem französischen Ministerpräsidenten Herriot. Anschließend fand die nach Abschluß der englisch-französischen Verhandlungen beschlossene gemeinsame Sitzung der deutschen und der französischen Abordnung statt, an der von deutscher Seite der Reichskanzler, Reichsaussenminister von Neurath, Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk, Reichswirt-

schaftsminister Warnow sowie Staatssekretär von Bülow teilnahmen.

Die Sitzung war ausschließlich mit dem großen Bericht des Reichsfinanzministers Graf Schwerin-Krosigk über die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands angefüllt gewesen. Keiner von den übrigen deutschen oder französischen Ministern hat das Wort ergriffen, da der Bericht des Grafen Schwerin die gesamte Sitzung ausfüllte.

Nach Beendigung der Besprechung verließen der Reichskanzler und der französische Ministerpräsident in die ersten Minuten und wurden von allen Seiten von den Pressevertretern bestrahlt, weigerten sich jedoch, irgendwelche positiven Mitteilungen zu machen. Herriot erklärte nur, der Bericht des deutschen Finanzministers sei durchaus objektiv und außerordentlich eingehend gewesen.

In seiner gewohnten Weise fügte er in Anspielung auf ein seine Frau bezügliche: „Die Luft ist kühl, aber es dunkelt nicht!“

Aber die Sitzung wurde folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht: „Die deutsche und die französische Abordnung sind zu einer ersten Arbeitssitzung zusammengetreten, in der der deutsche Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk einen eingehenden Bericht über die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands erstattete. Eine zweite Sitzung findet noch heute statt.“

Der Reichskanzler berichtet.

Wochenende in Berlin.

Reichskanzler von Papen trifft am Sonnabend in Berlin ein, um dem Reichspräsidenten und dem Kabinettsrat Bericht zu erstatten. Er wird voraussichtlich am Sonntagabend oder Montag früh wieder nach Lausanne zurückkehren.

Bei der deutschen Delegation wird ausdrücklich betont, daß man auf Grund der bisherigen Fühlungsnahme zwischen dem Reichskanzler und Herriot eine „positive Lösung für möglich“ halte.

Anregung, nicht Ultimatum.

Die Ausläufer der Hoover-Überflutung.

Präsident Hoover und Staatssekretär Binson verließen die Vorgänge in Genf mit großem Interesse. Gesehen hat das Staatsdepartement demgegenüber berichtet, die Hoffnung sei sehr gering, daß Frankreich, England und Japan den Vorschlag Hoovers annehmen. Obwohl Hoover und das Staatsdepartement es ablehnen, sich zu dem französischen Sicherheitsvorschlag zu äußern, steht fest, daß die amerikanische Regierung ihren seit Jahren eingenommenen Standpunkt nicht ändert.

Während der Hoover-Vorschlag zunächst als Ultimatum bezeichnet wurde, wird er heute lediglich als Anregung angesehen.

Wie verlautet, haben bisher etwa 30 Abordnungen privatim ihre grundsätzliche Zustimmung zum Hoover-Plan mitgeteilt.

Von Papen nach Berlin abgereist.

Frankreich günstig umschichtig.

Die zweite gemeinsame Sitzung der deutschen und französischen Minister, die am Freitag 1/2 Uhr begonnen hatte, wurde um 1/2 Uhr abgebrochen.

Der Reichskanzler von Papen, der im Anfang an der Sitzung teilnahm, verließ die Besprechung gegen 18.30 Uhr und begab sich zum Bahnhof, um mit dem Baseler Schnellzug um 18.40 Uhr nach Berlin zu reisen, wo er am Sonnabendmorgen eintrifft. Der Reichskanzler wird im Laufe des Sonnabend noch dem Reichspräsidenten über die Konferenz-Verhandlungen Bericht erstatten und Sonnabendabend wieder nach Lausanne abreisen.

Die Lage auf der Tributkonferenz spielt sich immer mehr zu der Frage zu, in welcher Weise wenigstens nach außen hin eine formale Weiterführung der gesamten Verhandlungen möglich ist. Jedoch wird schon übereinstimmend festgestellt, daß die Verantwortung für einen Abbruch der gegenwärtigen Verhandlungen ausdrücklich der französischen Regierung zur Last gelegt werden müßte, die also auch für die gesamten dadurch un-

vermeidlich eintretenden wirtschaftlichen Folgen verantwortlich ist.

Aber den Verlauf der Sitzung wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

Die deutschen und französischen Verhandlungen sind fortgesetzt worden mit einem Bericht des französischen Finanzministers Germain Martin. Hieran hat sich ein Gebankenaustausch angeschlossen.

Es ist vereinbart worden, daß jetzt unermüdet Beratungen der Finanzadverbiatanten der deutschen und der französischen Abordnung stattfinden sollen, die die Montagsitzung vorbereiten haben.

Wachsende Spannung zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern.

Der bayerische Staatsrat Schäffer scheidet das Feuer.

Im Vordergrund des politischen Interesses steht nach des Verhältnisses Sinne eines ein-



mit dem Reich verhoffentlich inter-vertreten. So den Überflüssen, anz Bayern den mit allen Mitteln angen werden. er, wie so oft, die In Wirklichkeit überfließen hat Verteilung des der Länder ge-schäftlich getan. st man nun die in erwartet man dies vor, und der zu für notwendig, Reichskabinetts da-kanzler bei sei-sin über diese

an, dem jetzigen über Berlin durch beugung aller Ver-

Diese Haltung moortung für alle gen von unrichtiger Seite waren die kommunistischen Ausschreitungen nur von 10 faler Natur, haben sich nur in den als Unruhegegenden bekannten Straßen abgepielt. Die Polizei hat die Lage durchaus beherrscht, und die Barricaden, die junge Burshen errichtet haben, waren weiter nichts als Verlehrsbarrieren.

Nicht weniger gefährlich als die Marxmachrichten über Bayern sind Überbreitungen über die kommunistischen Unruhen.

Es besteht allerdings kein Zweifel darüber, daß in den letzten Tagen durch kommunistische Trupps zahlreiche blutige Überfälle ausgeführt wurden, aber bei der Schilderung der Vorgänge, besonders in Berlin, sind Überbreitungen vorgekommen, die leicht ein falsches Bild geben. Für den Unruhigen konnte der Eindruck entstehen, als ob in Berlin alles brunter und drüber nebe. Nach Veröffentlichungen von unrichtiger Seite waren die kommunistischen Ausschreitungen nur von 10 faler Natur, haben sich nur in den als Unruhegegenden bekannten Straßen abgepielt. Die Polizei hat die Lage durchaus beherrscht, und die Barricaden, die junge Burshen errichtet haben, waren weiter nichts als Verlehrsbarrieren.

Uniformtrach auch in Stuttgart.

Ähnlich wie in München ist es nun auch im Württembergischen Landtag zu einem Krach wegen der Uniform gekommen. Die nationalsozialistischen Abgeordneten erfordern in Uniform im Sitzungssaal, darob gab es auf der linken großen Lärm. Die Linke wollte schließlich den Antrag, die Sitzung wegen des Uniformtrages zu vertagen. Der nationalsozialistische Landtagspräsident weit-